Sonntag, den 4. Mai endete die 15. Woche von Trumps zweiter Amtszeit – eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen an der juristischen Front

Teil I: Die bisherigen sieben *Supreme Court*-Entscheidungen

von Detlef Georgia Schulze

Gliederung:

<i>Special Counsel</i> Dellinger.....	2
Haushaltssperre wegen „Entwicklungshilfe“-Mittel und ... für LehrerInnen-Ausbildung.....	3
Entlassung von Probezeit-Beschäftigten.....	4
Entlassung von Probezeit-Beschäftigten.....	5
<i>Alien Enemies Act</i> I.....	5
Abschiebung von Abrego Garcia.....	7
<i>Alien Enemies Act</i> II.....	8

Am Montag, den 20.01.2025 begann Donald Trumps zweite Amtszeit als US-Präsident. Seitdem kam es zu sieben Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes (*Supreme Court*) der USA wegen Trumps Regierungspolitik; fünf bzw. acht (je nach Zählweise) weitere stehen demnächst an; fast 50 Verfahren wegen der Regierungspolitik sind oder waren bei den Rechtsmittelgerichten (*Appeals Courts*) anhängig; rund 200 Verfahren sind oder waren vor den *District Courts*, der untersten Ebene des dreistufigen Bundes-Gerichtssystems der USA, anhängig.¹ Die *District Courts*

1 Der [Trump Administration Litigation Tracker](#) der auf Rechtsthemen spezialisierten Website *Lawfare* verzeichnet auf dem Stand von Freitag, den 02.05.2025 – = letzter Stand der vergangenen Woche – in 269 Zeilen Verfahren – davon

- in **11 Zeilen** Verfahren vor dem *Supreme Court*, wobei
 - in einer Zeilen drei Verfahren zum US-Staatsangehörigkeitsrecht mit drei unterschiedlichen Aktenzeichen und unterschiedlichen vorausgegangenen *District Court*-Verfahren zusammengefaßt sind
 - und
 - in einer Zeile ein Verfahren mit einheitlichem Aktenzeichen, dem aber zwei unterschiedliche *District Court*-Verfahren vorausgegangen sind.

M.a.W.: 14 *District Court*-Verfahren sind also bereits auf der *Supreme Court*-Ebene angekommen.

Darüber hinaus verzeichnet die Tabelle:

- in **49 Zeilen** *Appeals Court*-Verfahren, wobei in einer Zeile drei und in einer Zeile zwei Aktenzeichen genannt sind und in allen anderen Zeilen nur ein Aktenzeichen genannt ist, und
- in **207 Zeilen** *District Court*-Verfahren (auch dort sind in mehreren – elf – Zeilen *mehrere* Aktenzeichen genannt) sowie

sind in der Regel für das Gebiet eines Bundesstaates zuständig; in bevölkerungsstarken Bundesstaaten, wie Kalifornien, Texas und New York, gibt es aber mehrere Gerichtsbezirke. Die *Appeals Court* sind in der Regel für das Gebiet mehrerer Bundesstaaten zuständig. Für Washington, D.C. gibt es sowohl einen eigenen *District* als auch einen eigenen *Appeals Court*. (Neben den Bundesgerichten gibt es eigene Gerichte der Bundesstaaten.)

Versuchen wir uns einen Überblick zu verschaffen und beginnen² mit den Verfahren vor dem *Supreme Court*:

Special Counsel Dellinger

Das **erste** Verfahren war das Verfahren wegen **Special Counsel Dellinger** ([No. 24A790](#)), der von Trump *ohne* Angaben von Gründen abberufen worden war, obwohl einfach-gesetzlich festgelegt ist, dass die InhaberInnen dieses Amtes nur aus bestimmten Gründen abberufen werden dürfen. Das *Special Counsel*-Büro ist u.a. für den Schutz von WhistleblowerInnen gegen Maßregelungen zuständig.³ In der Hauptsache war strittig, ob die einfach-gesetzliche Regelung verfassungsgemäß ist oder unzulässig in die präsidialen Kompetenzen eingreift. Aber zunächst ging es bloß um vorläufigen Rechtsschutz für Dellinger gegen seine Entlassung.

Eine Mehrheit des *Supreme Court* entschied *de facto* gegen den Antrag der Trump-Regierung, die *Temporary Restraining Order* (TRO – den ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘), mit der die Entlassung Dellingers außer Vollzug gesetzt worden war, aufzuheben – kleidete dies aber in die diplomatischen Worte, die Entscheidung vorerst in der Schwebe zu lassen, da der *District Court* seine TRO befristet hatte und das Fristende kurz bevorstand (<https://t1p.de/y54ak>, S. 1 f.). Bevor die Frist auslief, ersetzte der *District Court* seine TRO durch eine neue Entscheidung („[granting 23 plaintiff's cross-motion for summary judgment and granting declaratory and injunctive relief](#)“; [67-seitige Begründung](#)) – und dadurch wurde der Antrag an den *Supreme Court*, die TRO aufzuheben, gegenstandslos (<https://t1p.de/s7dui> [Mar 06 2025: „moot“]).

-
- in **zwei Zeilen** Verfahren vor dem *Court of International Trade* (wegen Trumps Zollpolitik).

² Vielleicht wird es noch eine Fortsetzung zu weiteren Verfahren geben – das hängt davon ab, ob ich es schaffe, nicht nur zumindest ein Teil der aktuell anstehenden Entscheidungen zu verfolgen, sondern auch eine weitere Zusammenfassung zu schreiben.

³ Siehe [5 USC 1213](#) und dort insb. (h) „The identity of any individual who makes a disclosure described in subsection (a) may not be disclosed by the Special Counsel without such individual's consent unless the Special Counsel determines that the disclosure of the individual's identity is necessary because of an imminent danger to public health or safety or imminent violation of any criminal law.“ / „Die Identität einer Person, die eine der in Unterabschnitt (a) beschriebenen Mitteilungen [*disclosure described*] macht, darf von dem/der *Special Counsel* nicht ohne die Zustimmung dieser Person preisgegeben [*disclosed*] werden, es sei denn, der der/die *Special Counsel* stellt fest, daß die Offenlegung [*disclosure*] der Identität der Person wegen einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit oder einer unmittelbaren Verletzung eines Strafgesetzes erforderlich ist.“

Zwei Richterinnen (Sotomayor [[von Obama als Supreme Court-Richterin nominiert](#)⁴] und Jackson [[von Biden als Supreme Court-Richterin nominiert](#)⁵]) wollten den Regierungs-Antrag dagegen als unzulässig verwerfen (TRO können – wegen ihrer kurzen Geltungsdauer – nur ausnahmsweise vor den Rechtsmittelgerichten angefochten werden); zwei Richter (Gorsuch [von Trump als [Supreme Court-Richter nominiert](#)⁶] und Alito [[von George W. Bush als Supreme Court-Richter nominiert](#)⁷]) wollten dem Regierungs-Antrag dagegen stattgegeben (<https://t1p.de/y54ak>, S. 2).

Später setzte dann der zuständige *Appeals Court* die neue *District Court*-Entscheidung außer Vollzug ([Hampton Dellinger verliert vorerst sein Amt als Special Counsel](#)) und Dellinger beendete den Rechtsstreit, da er dadurch das *Special Counsel*-Amt als beschädigt ansah ([Nach Niederlage vor dem Appeals Court beendet ‚Whistleblower-Schützer‘ Hampton Dellinger den Rechtsstreit und sieht die Unabhängigkeit des Amtes als beschädigt an](#)).

Haushaltssperre wegen „Entwicklungshilfe“-Mittel und

Die **zweite** Entscheidung betraf vom Kongreß bewilligte und von der Regierung **eingefrorene Hausmittel für „Entwicklungshilfe“-Projekte** ([No. 24A831](#)). In dem Fall entschied die *Supreme Court*-Mehrheit ausdrücklich gegen die Regierung („[The application is denied.](#)“) und ließ die angefochtene TRO gegen die Mittel-Sperrung, deren Aufhebung die Trump-Regierung beim *Supreme Court* beantragt hatte, bestehen. Das war eine 5 : 4-Entscheidung: Der – [von George W. Bush nominierte](#)⁸ – Vorsitzende Roberts und die – [von Trump nominierte](#)⁹ – Richterin Barrett stimmten mit den drei von demokratischen Präsidenten für den *Supreme Court* nominierten Richterinnen Jackson, Kagan und Sotomayor („[Justice Alito, joined by Justice Thomas, Justice Gorsuch, and Justice Kavanaugh dissent.](#)“¹⁰).

Am 10. März wurde auch diese TRO durch eine neue Entscheidung – eine *Preliminary Injunction* („Eil-Rechtsschutz“) – ersetzt¹¹; die Regierung leistet(e) inzwischen

4 Zuvor von Clinton 1997 als *Appeals Court*- und von Bush 1991 als *District Court*-Richterin nominiert.

5 Zuvor – ebenfalls von Biden als *Appeals Court*-Richterin und davor von Obama als *District Court*-Richterin nominiert.

6 Zuvor von George W. Bush als *Appeals Court*-Richter nominiert.

7 Zuvor von George H.W. Bush als *Appeals Court*-Richter nominiert.

8 Ebenfalls von George W. Bush zuvor als *Appeals Court*-Richter nominiert.

9 Ebenfalls von Trump zuvor als *Appeals Court*-Richterin nominiert.

10 Folglich müssen die anderen fünf Mitglieder für die Entscheidung gestimmt haben – anderenfalls wäre keine Mehrheit für die Entscheidung zustande gekommen.

11 https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.dcd.277336/gov.uscourts.dcd.277336.60.0_1.pdf.

Die PI entspricht aber nur teilweise dem diesbzgl. Antrag der betroffenen NGO; siehe dazu [ebd.](#), S. 24: „Although Plaintiffs are likely to succeed in showing Defendants’ implementing directives violated the APA, the parties disagree on how far that goes – namely, whether the invalidation of the initial implementing directives affects the review of agreements and large-scale terminations that occurred after the Court entered its TRO on February 13, 2025. This is a close question on this record, but the Court finds Plaintiffs have not made an adequate showing that the large-scale terminations resulted from the same agency action they challenge in their complaints. The Court’s conclusion is also informed by Plaintiffs’

auch Zahlungen (wenn auch teilweise schleppend) – im Moment wird unter anderem darüber gestritten¹², welche Auswirkungen die sogleich zu besprechende *Supreme Court*-Entscheidung auf das ‚Entwicklungshilfe«-Mittel-Verfahren‘ hat¹³.

Mittlerweile hat die Regierung Rechtsmittel-Einlegung gegen die *Preliminary Injunction* angekündigt ([Notice of Appeal](#)); eine *Appeal*-Begründung gibt es aber noch¹⁴.

Was das Hauptsache-Verfahren anbelangt, so gibt es bisher ein [Amended Complaint ...](#) vom 22. April, auf das [die Regierung bis zum 3. Juni Gelegenheit hat, zu antworten](#).¹⁵

... für LehrerInnen-Ausbildung

Die **dritte** Entscheidung betraf ebenfalls eine Haushaltssperre – in dem Fall in Bezug auf **Fördermittel für LehrerInnen-Ausbildung** ([No. 24A910](#)). In dem Fall kam im *Supreme Court* (SCOTUS) eine Mehrheit zugunsten der Regierung zustande (der Vorsitzende Richter¹⁶ stimmte wiederum mit den drei von demokratischen Präsidenten nominierten Richterinnen¹⁷; Barrett stimmt mit den anderen von republikanischen Präsidenten nominierten Richtern¹⁸). Die Entscheidung betraf aber nur die Frage, welches Gericht wahrscheinlich zuständig ist¹⁹; nicht die Frage, ob die Haushaltssperre zulässig ist. Warum in den beiden Verfahren wegen Haushaltssperren unterschiedliche Mehrheit zustande kamen, erschließt sich – mangels längerer Begrün-

failure to offer a clear and administrable standard for determining when terminations would no longer be tainted by the original implementing directives without entangling the Court in supervision of Executive decisions as to individual agreements.“ (das wird bis S. 29 oben genauer ausgeführt)

Dessen ungeachtet hat das Gericht aber auch entschieden: „The Restrained Defendants are enjoined from unlawfully impounding congressionally appropriated foreign aid funds and shall make available for obligation the full amount of funds that Congress appropriated for foreign assistance programs in the Further Consolidated Appropriations Act of 2024.“ ([ebd.](#), S. 48) – Nur steht es der Regierung frei, zu entscheiden, wie sie die zur Verfügung gestellten Mittel konkret verteilt (vgl. dazu auch noch: ([ebd.](#), S. 27, FN 11).

12 Vgl. dazu zuletzt den Statusbericht vom 01.05.2025 (<https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.dcd.277336/gov.uscourts.dcd.277336.79.0.pdf>) und die vorausgegangenen Statusberichte (s. dort: <https://www.courtlistener.com/docket/69628254/global-health-council-v-donald-j-trump/>).

13 Siehe dazu: [Unopposed Motion to Stay ...](#) und [Minute Order](#) vom 11.04.2025, [Memorandum in opposition ...](#) vom 25.04.2025 und [Minute Order](#) vom 02.05.2025.

14 <https://www.courtlistener.com/docket/69834201/global-health-council-v-donald-j-trump/>.

15 Die vorstehend in diesem Abschnitt und in den zugehörigen Fußnoten verlinkten Dokumente gehören zum Verfahren [Global Health Council v. Trump \(1:25-cv-00402\)](#); die entsprechenden Dokumente für das parallele Verfahren [AIDS Vaccine Advocacy Coalition v. Department of State \(1:25-cv-00400\)](#) gibt es dort: <https://www.courtlistener.com/docket/69627654/aids-vaccine-advocacy-coalition-v-united-states-department-of-state/>.

16 <https://t1p.de/zhgot>, S. 3 der Datei: „THE CHIEF JUSTICE would deny the application.“

17 [ebd.](#), S. 4 der Datei („JUSTICE KAGAN, dissenting“) und S. 6 der Datei („JUSTICE JACKSON, with whom JUSTICE SOTOMAYOR joins, dissenting“).

18 Dies läßt sich nur daraus schließen, daß anderenfalls keine Mehrheit gegen die Stimmen von Roberts und den drei von Biden bzw. Obama nominierten Richterinnen zustande gekommen wäre.

19 „the Government is likely to succeed in showing the District Court lacked jurisdiction to order the payment of money under the APA. [...]. Tucker Act grants the Court of Federal Claims“ – statt den *District Courts* – „jurisdiction over suits based on ‚any express or implied contract with the United States.‘ [28 U. S. C. §1491\(a\)\(1\)](#)“ (<https://t1p.de/zhgot>, S. 1 f.; Hyperlink hinzugefügt).

derung der erstgenannten Entscheidung (auch dort ging es u.a. um die Frage der gerichtlichen Zuständigkeit²⁰) – *nicht*.

Entlassung von Probezeit-Beschäftigten

Auch die **vierte** Entscheidung ([No. 24A904](#)) fiel zugunsten der Regierung aus – aber wiederum nicht unter dem Gesichtspunkt der wahrscheinlichen Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit der Regierungsmaßnahme (dort: **Entlassung von Probezeit-Beschäftigten**), sondern unter dem Gesichtspunkt der – nach SCOTUS-Mehrheits-Ansicht – vermutlich nicht gegebenen Klagebefugnis der Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich gegen die Entlassungen wandten²¹. In dem Fall scheinen die sechs von republikanischen Präsidenten nominierten RichterInnen geschlossen abgestimmt zu haben; von den drei von demokratischen Präsidenten nominierten Richterinnen machten nur zwei ihren Dissens öffentlich²². Das Abstimmungsverhalten von Richterin Kagan bleibt (mangels genauer Angaben) unklar.²³

Inzwischen hat der *District Court*, der für das Verfahren erstinstanzlich zuständig ist, eine neue *Preliminary Injunction* gegen die Entlassung der Probezeit-Beschäftigten erlassen – diesmal zugunsten von Gewerkschaften und zugunsten des Bundesstaates Washington.²⁴ – „wahrscheinlich“ und „vermutlich“, weil das²⁵ alles bisher nur Verfahren wegen Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz sind – also die Erfolgsaussichten in der Hauptsache nur summarisch geprüft werden.

Alien Enemies Act I

Die **fünfte** Entscheidung ([No. 24A931](#)) betraf den **Alien Enemies Act** (AEA) und die **Tren de Aragua-Proklamation**. Hinsichtlich der gerichtlichen Zuständigkeit entschied der Gerichtshof mit 5 : 4 Stimmen zugunsten der Regierung (Richterin Barrett

20 https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a831_3135.pdf, S. 6 unten (*Alito, dissenting*): „remedy would be a suit for money past due under the Tucker Act in the Claims Court“.

21 <https://t1p.de/ibpwx> [Apr 08 2025: „The District Court’s injunction was based solely on the allegations of the nine non-profit-organization plaintiffs in this case. But under established law, those allegations are presently insufficient to support the organizations’ standing. See, e.g., [Clapper v. Amnesty Int’l USA, 568 U. S. 398 \(2013\)](#).“]

22 <https://t1p.de/ibpwx> (Apr 08 2025: „Justice Sotomayor would deny the application. Justice Jackson would have declined to reach the standing question in the context of an application for emergency relief where the issue is pending in the lower courts and the applicants have not demonstrated urgency in the form of interim irreparable harm.“)

23 Klar ist nur, daß es mindestens zwei und maximal vier Gegenstimmen gab.

24 <https://t1p.de/2c773> (27 Seiten). Die Regierung hat Rechtsmittel-Einlegung angekündigt (*Notice of Appeal*); zuständig ist der 9. *Appeals Court* ([25-2637](#); vgl. auch bereits [25-1677](#) – es wurde von beiden Seiten gemeinsam beantragt, beide Verfahren zu verbinden.).

25 „das“ = die genannten *Supreme Court*-Entscheidungen (und die meisten der genannten untergerichtlichen Entscheidungen. – Das o.g. *summary judgment* wegen Dellinger war dagegen bereits eine Hauptsache-Entscheidung, diese erging aber – wie schon gesagt – erst *nach* der *Supreme Court* zum zuvor in dem Dellinger-Verfahren gewährten ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘).

stimmte teilweise den drei anderen weiblichen Gerichtsmitgliedern zu²⁶); inhaltlich sagte der *Supreme Court* aber – einstimmig²⁷ – ziemlich genau dasselbe wie der *District Court*, dessen Entscheidung wegen vermeintlicher Unzuständigkeit aufgehoben wurde.

Der *District Court*-Richter sagte in der mündlichen Verhandlung am Samstag, den 15. März, an dem die ‚Eil-Eil-Entscheidung‘ ergangen war, die vor dem *Supreme Court* von der Trump-Regierung angefochten wurde:

„Ludecke [[Ludecke v. Watkins, 335 U.S. 160 \(1948\)](https://www.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.dcd.278436/gov.uscourts.dcd.278436.20.0_4.pdf)]²⁸ [...] seem to accept that courts could hear challenges to the construction and validity of the statute and in that case challenges raising whether the person restrained is, in fact, an enemy alien 14 years of age or older.“

(https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.dcd.278436/gov.uscourts.dcd.278436.20.0_4.pdf, S. 29, Zeile 22 - 25)

In der späteren Begründung (vom 24.03.2025) der gerichtlichen Ablehnung des Antrages, die Entscheidung vom 15. März aufzuheben, sagte das Gericht entsprechend:

„To the degree that a claim requires the court to interpret a statutory provision or decide a law’s constitutionality, the political-question doctrine is not implicated: deciding such questions ‚is a familiar judicial exercise.‘ [...] In light of Ludecke and the political-question doctrine’s principles thus far explained, this Court is confident that it can – and therefore must, at the appropriate time – construe the terms ‚nation,‘ ‚government,‘ ‚invasion,‘ and ‚predatory incursion.‘“

„Ludecke expressed no reticence over the role of courts in adjudicating ‚whether the person restrained is in fact an alien enemy fourteen years of age or older.‘ 335 U.S. at 171 n.17. Indeed, the Court readily admitted that such determinations ‚may ... be reviewed.‘ Id.“

(https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.dcd.278436/gov.uscourts.dcd.278436.53.0_1.pdf, S. 20, 22, 24)

Außerdem heißt es dort auf S. 3 (s.a. ausführlich S. 23 - 30):

„Plaintiffs are likely to succeed on another equally fundamental theory: before they may be deported, they are entitled to individualized hearings to determine whether the Act applies to them at all. As the Government itself concedes, the awesome power granted by the Act may be brought to bear only on those who are, in fact, ‚alien enemies.‘ And the Supreme Court and this Circuit have long maintained that federal courts are equipped to adjudicate that question when individuals threatened with detention and removal challenge their designation as such. Because the named Plaintiffs dispute that they are members of *Tren de Aragua*, they may not be deported until a court has been able to decide the merits of their challenge. Nor may any members of the provisionally certified class be removed until they have been

26 <https://t1p.de/apth5>, S. 7 der Datei: „JUSTICE SOTOMAYOR, with whom JUSTICE KAGAN and JUSTICE JACKSON join, and with whom JUSTICE BARRETT joins as to Parts II and III–B, dissenting“.

27 „all nine Members of the Court agree that judicial review is available“ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a931_2c83.pdf, S. 5 der Datei; Richter Kavanaugh concurring; [Kavanaugh](#) wurde von George W. Bush als *Appeals Court*-Richter und Trump als *Supreme Court*-Richter nominiert).

28 Worum es in der Ludecke-Entscheidung ging, hatte ich dort erklärt: https://blogs.taz.de/theorie-praxis/files/2025/03/Supreme_Court-Schriftsatz_Trump-Reg_AEA_TdA.pdf, S. 16 - 21.

given the opportunity to challenge their designations as well. The Motion to Vacate will thus be denied.“

Außerdem zitiert der *District Court* dort auf S. 29 die *Supreme Court*-Entscheidung Hamdi, 542 U.S. at 533, wo es heißt:

„[A] citizen-detainee seeking to challenge his classification as an enemy combatant must receive notice of the factual basis for his classification, and a fair opportunity to rebut the Government’s factual assertions before a neutral decisionmaker.“

Entsprechend sagt auch der *Supreme Court*:

„we have held that an individual subject to detention and removal under that statute [*Alien Enemies Act*] is entitled to ‚judicial review‘ as to ‚questions of interpretation and constitutionality‘ of the Act as well as whether he or she ‚is in fact an alien enemy fourteen years of age or older.‘ Ludecke, 335 U. S., at 163–164, 172, n. 17. [...], AEA detainees must receive notice after the date of this order that they are subject to removal under the Act. The notice must be afforded within a reasonable time and in such a manner as will allow them to actually seek habeas relief in the proper venue before such removal occurs.“

(https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a931_2c83.pdf, S. 3 der Datei)

Die Betroffenen haben ein Recht auf Anfechtung ihrer beabsichtigten Abschiebung; sie müssen über diese ausreichend vorher informiert werden; und die gerichtliche Überprüfung schließt sowohl die Frage, wie der *Alien Enemies Act* auszulegen ist, als auch die Frage, ob er verfassungsgemäß ist, ein. Die Auslegung des *Alien Enemies Act* ist also gerichtliche Tätigkeit und nicht präsidiales Ermessen. Der Präsident kann sein Ermessen *nur innerhalb, aber nicht gegen* den gesetzlichen Rahmen ausüben.

Abschiebung von Abrego Garcia

Die **sechste** Entscheidung – wegen der Abschiebung von Kilmar **Abrego Garcia** – erging am 10. April. Abrego Garcia war wie viele vermeintliche *Tren de Aragua*-Mitglieder am 15. März abgeschoben worden; aber nicht unter Berufung auf den *Alien Enemies Act*, sondern unter Berufung auf ‚normales‘ US-AusländerInnenrecht – allerdings stand eine früheren Gerichtsentscheidung einer Abschiebung von Abrego Garcia nach El Salvador entgegen. In diesem Fall entschied der *Supreme Court* vermutlich einstimmig – jedenfalls ohne verzeichnete Gegenstimmen²⁹ – gegen die Regierung:

29 Richterin Sotomayor schrieb allerdings ein zusätzliches „statement“, in dem es u.a. heißt: „I would have declined to intervene in this litigation and denied the application in full. Nevertheless, I agree with the Court’s order that the proper remedy is to provide Abrego Garcia with all the process to which he would have been entitled had he not been unlawfully removed to El Salvador.“ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a949_lkhn.pdf, S. 3 der Datei)

Das kann – auch wenn es als solches nicht bezeichnet ist – durchaus als ein (zumindest teilweise) dissenting vote verstanden werden, denn die Mehrheit ‚intervenierte‘ und entschied – wenn auch nur in einem marginalen Teilaspekt – in einem Punkt für die Regierung (und *nicht in Gänze* gegen die Regierung): „Due to the administrative stay issued by THE CHIEF JUSTICE, the deadline imposed by the District Court has now passed. **To that extent**, the Government’s emergency application is effectively granted in part and the deadline in the challenged order is no longer effective.“ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a949_lkhn.pdf, S. 2 der Datei; Hv. hinzugefügt)

„The order [des für den Fall Abrego Garcia zuständigen *District Court Maryland*] properly requires the Government to ‚facilitate‘ Abrego Garcia’s release from custody in El Salvador and to ensure that his case is handled as it would have been had he not been improperly sent to El Salvador.“

(https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a949_lkhn.pdf, S. 2 der Datei)

Die Regierung versucht allerdings, dem *Supreme Court* das Wort im Munde umzudrehen und hielt sich – jedenfalls zunächst – anscheinend nicht an die Entscheidung (sie behauptet nicht einmal, daß sie sich um die Rückkehr des Abgeschobenen bemühen würde), was dazuführte, daß der – [1984 vom damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan nominierte](#) – *Appeals Court*-Richter Wilkinson die Regierung an Gründonnerstag verbal ans Kreuz nagelte:

„the government’s argument that all it must do is ‚remove any *domestic* barriers to [Abrego Garcia’s] return,‘ [...], is not well taken in light of the Supreme Court’s command that the government facilitate Abrego Garcia’s *release from custody in El Salvador*.“

(<https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.ca4.178400/gov.uscourts.ca4.178400.8.0.pdf>, S. 3; kursive Hv. i.O.; das Zitat im Zitat stammt aus dem Regierungsantrag, über den der *Appeals Court* zu entscheiden hatte)

Die Auffassung der Regierung „*would reduce the rule of law to lawlessness*“, so Wilkinson.

Vor rund zwei Wochen, am 22. April, trug die Regierung dann vor:

„**Before** the Fourth Circuit’s decision of April 17 clarifying its understanding of ‚facilitate,‘ the United States took the position that the only steps needed to facilitate the return of Mr. Abrego Garcia involved removing domestic barriers. **After** the Fourth Circuit’s clarification, the State Department has engaged in appropriate diplomatic discussions with El Salvador regarding Abrego Garcia. However, disclosing the details of any diplomatic discussions regarding Mr. Abrego Garcia at this time could negatively impact any outcome.“

(https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.mdd.578815/gov.uscourts.mdd.578815.98.1_1.pdf, S. 3 der gedruckten bzw. S. 4 der digitalen Seitenzählung; Hv. hinzugefügt)

Ob diese *diplomatic discussions* zu irgendetwas (Positivem) führten, werden wir vielleicht in den nächsten Tagen – spätestens Mitte nächster Woche – erfahren.³⁰

Alien Enemies Act II

Damit kommen wir zur **siebenten** Entscheidung: Am frühen Ostersonntag entschied der *Supreme Court* in einer **zweiten Entscheidung zur *Tren de Aragua*-Proklamation** vorläufig gegen die Regierung:

„The Government is directed not to remove any member of the putative class of detainees³¹ from the United States until further order of this Court.“

(https://www.supremecourt.gov/orders/courtorders/041925zr_c18e.pdf)

³⁰ Siehe dazu:

https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.mdd.578815/gov.uscourts.mdd.578815.107.0_1.pdf.

Die Trump-Regierung hat gleich am selben Tag die Aufhebung oder zumindest Einschränkung der ostersamstäglichen Entscheidung beantragt.³² Ostersonntag und die Zeit seitdem wurden für die Regierung aber noch keine Freudenstage (als solche verstehen die christlichen Kirchen die Tage zwischen Ostern und Pfingsten) – eine Entscheidung des *Supreme Court* steht weiterhin aus.³³

Resümee: Der *Supreme Court* hat also noch in keinem der sieben Fälle das Regierungshandeln, das die unteren Gerichte (in sechs Fällen³⁴) für wahrscheinlich rechtswidrig erklärt hatten, für wahrscheinlich rechtmäßig erklärt. Vielmehr hat der Gerichtshof in den beiden Fällen (Fördermittel für LehrerInnen-Ausbildung und Probezeit-Beschäftigte), in denen er **zugunsten** der Regierung entschieden hat, aus *verfahrensrechtlichen* Gründen zugunsten der Regierung entschieden. Das gleiche gilt hinsichtlich der ersten AEA-Entscheidung, soweit es die gerichtliche Zuständigkeit betrifft.

In den meisten Fällen, in denen der *Supreme Court* **gegen** die Regierung entschieden hat (ein erste Ausnahme war das ‚Entwicklungshilfe-Mittel-Verfahren‘), hat der Gerichtshof dies jeweils mit einem Zuckerstückchen für die Regierung verbunden:

- Im Fall Dellinger hatte der *Supreme Court* nur *de facto* gegen die Regierung entschieden, aber die Entscheidung *de jure* in der Schwebe gelassen.
- In der erste AEA-Entscheidung hat der Gerichtshof die Bejahung der gerichtlichen Überprüfbarkeit der AEA-Anwendung der Regierung mit der Entscheidung zur gerichtlichen Zuständigkeit (und damit Aufhebung der Washingtoner *District Court*-Entscheidung) versüßt.
- Im Fall Abrego Garcia gewährte der Gerichtshof der Regierung einen zeitlichen Aufschub dadurch, daß der Vorsitzende Richter die untergerichtliche Entscheidung für kurze Zeit außer Vollzug gesetzt hatte und dann die untergerichtlich gesetzte Frist schon abgelaufen war, als das *Supreme Court*-Plenum im übrigen gegen die Regierung entschied (vgl. Absatz 2 von FN 29).

31 Die Formulierung „*putative class of detainees*“ bezieht sich darauf, daß vor dem *District Court* für Northern District of Texas u.a. beantragt worden: „*an order certifying a class in this matter as follows: „All noncitizens in custody in the Northern District of Texas who were, are, or will be subject to the March 2025 Presidential Proclamation entitled ›Invocation of the Alien Enemies Act Regarding the Invasion of the United States by Tren De Aragua‹ and/or its implementation.*““ (<https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.txnd.402915/gov.uscourts.txnd.402915.3.0.pdf>, S. 1; Hv. hinzugefügt)

32 https://www.supremecourt.gov/DocketPDF/24/24A1007/356072/20250419170105032_A.A.R.P.%20Opp.%20FINAL.pdf; Replik der Antragsteller (Betroffenen): https://www.supremecourt.gov/DocketPDF/24/24A1007/356074/20250421045953494_2025.04.21%20AAR.P%20SCOTUS%20Reply_Final%20pdfa.pdf.

33 Vgl. <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a1007.html>.

34 Im siebten Fall hatten dagegen der *District Court* Nordtexas und die 5. *Appeals Court* zugunsten der Regierung entschieden und der *Supreme Court* wurde – anders als in den anderen Verfahren – von den erstinstanzlichen Antragstellern angerufen.

In der Entscheidung von Ostersamstag verzichtete die Gerichtshof-Mehrheit dann zum zweiten Mal auf die Verabreichung eines solchen Zuckerstückchens – obwohl sie durchaus auch – kompromißweise –

- die Antragsteller zurück zum *District Court* in Nordtexas schicken und
- der Regierung gleichzeitig mit auf dem Weg geben können, daß sie – wenn sie das Zurückschicken ausnutzt, um Leute über Ostern abzuschieben – gegen die erste *Supreme Court*-Entscheidung wegen des AEA verstoßen würde.

Aber anscheinend fehlt inzwischen einer Mehrheit der RichterInnen im *Supreme Court* das Vertrauen, daß ein solcher Wink mit dem Zaunpfahl von der Regierung beherzigt würde.

Verfahren	Ergebnis	Anzahl
„Entwicklungshilfe“-Mittel (1 Verf.)	Regierungsantrag abgelehnt	1
<i>Special Counsel</i> Dellinger (1 Verf.)	Regierungsantrag erst in der Schwebe gelassen und dann für erledigt erklärt	1
Kilmar Abrego Garcia (1 Verf.)	Regierungsantrag überwiegend abgelehnt	1
<i>Alien Enemies Act II</i> (1 Verf.)	Bisher nur teilweise entschieden (TdA-Abschiebungen aus Nordtexas vorerst untersagt)	1
<i>Alien Enemies Act I</i> (1 Verf.)	<i>notice & hearing</i> vor etwaiger Abschiebung, aber ausschließlich am Inhaftierungsort	1
Staatsangehörigkeitsrecht (1 bzw. 3 Verf.), MSPB/NLRB (1 bzw. 2 Verf.), <i>transgender</i> (1 Verf.), DOGE (1 Verf.)	Noch nicht entscheiden	4 bzw. 7
LehrerInnenausbildung & Probezeit-Beschäftigte (2 Verf.)	Regierungsanträge unter verfahrensrechtlichen Gesichtspunkten stattgegeben	2
Insgesamt		11 bzw. 14

Teil II. („Und wie geht es nun weiter?“) folgt wahrscheinlich am Dienstag mit folgenden Abschnitten:

- Staatsangehörigkeitsrecht
- *Merit Systems Protection Board* und *National Labor Relations Board*
- Ausschluß von *transgender*-Personen aus dem US-Militär
- DOGE-Zugriff auf Sozialversicherung

Elf Supreme Court-Verfahren

zur Regierungspolitik in den ersten 15 Wochen von Trumps zweiter Amtszeit als US-Präsident

Verfahren	Ergebnis	Abstimmungsergebnis- bzw. verhalten	Anzahl
„Entwicklungshilfe“-Mittel (1 Verfahren)	Regierungsantrag abgelehnt ¹	5 : 4 gegen die Regierung „Justice Alito, joined by Justice Thomas, Justice Gorsuch, and Justice Kavanaugh dissent.“ ²	1
Special Counsel Dellinger (1 Verfahren)	Regierungsantrag erst in der Schwebe gelassen ³ und dann für erledigt erklärt ⁴	Mehrheitlich de facto gegen die Regierung „JUSTICE SOTOMAYOR and JUSTICE JACKSON would deny the application. JUSTICE GORSUCH, with whom JUSTICE ALITO joins, dissenting from the order holding the application in abeyance.“ ⁵	1
Kilmar Abrego Garcia (1 Verfahren)	Regierungsantrag überwiegend abgelehnt ⁶	Mindestens mehrheitlich (vllt. einstimmig) überwiegend gegen die Regierung „Statement of JUSTICE SOTOMAYOR, with whom JUSTICE KAGAN and JUSTICE JACKSON join“: „I would have declined to intervene in this litigation and denied the application in full. Nevertheless, I agree with the Court’s order that the proper remedy is to provide Abrego Garcia with all the process to which he would have been entitled had he not been unlawfully removed to El Salvador.“ ⁷	1
Alien Enemies Act II (1 Verfahren)	Bisher nur teilweise entschieden (TdA-Abschiebungen aus Nordtexas vorerst untersagt) ⁸	bei zwei (vllt. mehr) Gegenstimmen gegen die Regierung „Justice Thomas and Justice Alito dissent from the Court’s order.“ ⁹	1
Alien Enemies Act I (1 Verfahren)	b) notice & hearing vor etwaiger Abschiebung ¹⁰ , aber a) ausschließlich am Inhaftierungsort ¹¹	a) 5 : 4 für die Regierung „JUSTICE SOTOMAYOR, with whom JUSTICE KAGAN and JUSTICE JACKSON join, and with whom JUSTICE BARRETT joins as to Parts II and III–B, dissenting“. ¹² b) 9 : 0 gegen die ursprüngliche ¹³ Position der Regierung „all nine Members of the Court agree that judicial review is available“ ¹⁴	1
Staatsangehörigkeitsrecht (1 bzw. 3 Verfahren), MSPB/NLRB (1 bzw. 2 Verfahren), transgender (1 Verfahren), DOGE (1 Verfahren)	Noch nicht entscheiden	-----	4 bzw. 7
LehrerInnenausbildung & Probezeit-Beschäftigte (2 Verfahren)	Regierungsanträge unter Verfahrensrechtlichen Gesichtspunkten stattgegeben ¹⁵	a) 5 : 4 für die Regierung „The Chief Justice would deny the application Justice Kagan dissents. Justice Jackson, joined by Justice Sotomayor dissent.“ ¹⁶ b) bei zwei (vllt. mehr) Gegenstimmen für die Regierung „Justice Sotomayor would deny the application. Justice Jackson would have declined to reach the standing question in the context of an application for emergency relief where the issue is pending in the lower courts and the applicants have not demonstrated urgency in the form of interim irreparable harm“ ¹⁷	2
Insgesamt			11 bzw. 14

1 „The application is denied.“ (<https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a831.html>).

2 <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a831.html>.

3 21.02.2025: „the application to vacate the order of the United States District Court for the District of Columbia [...] is held in abeyance until February 26, when the TRO is set to expire“ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a790_6i79.pdf, S. 2).

4 06.03.2025: „Application (24A790) to vacate the order of the United States District Court for the District of Columbia is denied as moot.“ (<https://t1p.de/s7dui>).

5 https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a790_6i79.pdf, S. 2. – Nicht ganz klar ist, ob dies als fünf Ja-Stimmen und 2 x 2 Nein-Stimmen – aus gegensätzlichen Motiven – interpretiert werden kann.

6 „The application is granted in part and denied in part, subject to the direction of this order. Due to the administrative stay issued by THE CHIEF JUSTICE, the deadline imposed by the District Court has now passed. **To that extent**, the Government’s emergency application is effectively granted in part and the deadline in the challenged order is no longer effective.“ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a949_lkhn.pdf, S. 2; Hv. hinzugefügt)

7 https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a949_lkhn.pdf, S. 2 und 3.

8 <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a1007.html>.

9 <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a1007.html> („Apr 19 2025“).

10 „AEA detainees must receive notice after the date of this order that they are subject to removal under the Act. The notice must be afforded within a reasonable time and in such a manner as will allow them to actually seek habeas relief in the proper venue before such removal occurs.“ (<https://t1p.de/apth5>, S. 3 der Datei).

11 „we hold that venue lies in the district of confinement“ / „The detainees are confined in Texas, so venue is improper in the District of Columbia.“ (<https://t1p.de/apth5>, S. 3 f. und der Datei).

12 <https://t1p.de/apth5>, S. 7 der Datei.

13 Siehe z.B. Office of the Attorney General, Memorandum for Law Enforcement Officers (March 14, 2025); <https://www.documentcloud.org/documents/25915967-doj-march-14-memo-alien-enemies-act/> via <https://eu.usatoday.com/story/news/politics/2025/04/25/trump-venezuelan-gang-deportations-alien-enemies-act/83253074007/>,

• S. 2: „The alien is not entitled to a hearing, appeal, or judicial review of the apprehension and removal warrant“

• S. 5: „An alien determined to be an Alien Enemy and ordered removed under the Proclamation and 50 U.S.C. § 21 is not entitled to a hearing before an immigration judge, to an appeal of the removal order to the Board of Immigration Appeals, or to judicial review of the removal order in any court of the United States.“

und höre z.B.: „We take the position that the AEA does not require such notice.“ (<https://media.cadc.uscourts.gov/recordings/docs/2025/03/25-5067.mp3>, ab ca. Min. 104:51; vgl. https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.cadc.41845/gov.uscourts.cadc.41845.01208724047.0_2.pdf, S. 27 und 31 der Datei).

14 <https://t1p.de/apth5>, S. 5 der Datei.

15 LehrerInnenausbildung: „the Tucker Act grants the Court of Federal Claims“ – nicht den District Courts – „jurisdiction over suits based on any express or implied contract with the United States.““ (https://www.supremecourt.gov/opinions/24pdf/24a910_f2bh.pdf, S. 2)

Probezeit-Beschäftigte: The District Court’s injunction was based solely on the allegations of the nine non-profit-organization plaintiffs in this case. But under established law, those allegations are presently insufficient to support the organizations’ standing.“ (<https://t1p.de/ibpwx> [Apr 08 2025]).

16 <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a910.html>.

17 <https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/24a904.html>.